

Collaborative Advantage – Vorteil durch Zusammenarbeit

Globale Diskussionen, regionale Erkenntnisse

Vortragsnotizen zum Kurzreferat, Prof. Dr. Patrick Emmenegger, Professor für Politikwissenschaft mit besonderer Berücksichtigung der Politikfeldanalyse und Vergleichenden Politischen Ökonomie, Universität St. Gallen

EcoOst St. Gallen Symposium – Das öffentliche Forum, Lokremise St. Gallen, 18. Mai 2022

Collaborative Advantage – Vorteil durch Zusammenarbeit. Das diesjährige Thema des St. Gallen Symposiums steht – man könnte meinen – etwas quer in der Landschaft in Anbetracht des russischen Angriffskrieges. Ist ein brutaler Krieg nicht das Gegenteil von Zusammenarbeit? Hat der Krieg dem Symposium einen Strich durch die Rechnung gemacht? Meine Antwort ist ein klares «Nein». Angesichts der drängenden Tagesaktualität wurde das Programm umgestellt und angepasst. Der Konflikt in der Ukraine ist mit ins Zentrum gerückt, aber immer auch unter dem Blickwinkel des Collaborative Advantage – des Vorteils durch Zusammenarbeit.

Genaugenommen kann uns der russische Angriffskrieg viel über Collaborative Advantage lehren. Wie hat Europa reagiert auf die Situation in der Ukraine? Man ist zusammengedrückt! Der Konflikt ist zu einem Moment ungewohnter Einigkeit in Europa geworden. In der Sitzung der UNO Generalversammlung vom 2. März 2022 wurde der russische Einmarsch in die Ukraine von allen europäischen Ländern verurteilt – mit Ausnahme Russlands und Weissrusslands. Seit Beginn des Ukrainekriegs herrscht in Europa so viel Einigkeit wie schon lange nicht mehr.

Zusammenarbeit findet auch in den jeweiligen Ländern statt. Die Schweiz hat mittlerweile rund 50'000 Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen, viele davon in Gastfamilien. Auch meine Schwiegereltern haben eine Mutter und ihre zwei Kinder aufgenommen. Der Vater ist in der Ukraine. Genauer Status oftmals unklar. In den Gastfamilien wird mit Hilfe von Smartphones und Gratis-Online-Diensten kommuniziert. Auch dies ein Paradebeispiel von Zusammenarbeit – hier von Grundlagenforschung an staatlich geförderten Institutionen wie Universitäten und der Privatwirtschaft. Aufgrund dieser Zusammenarbeit haben wir diese grossartigen Produkte. Doch zurück zum Ukrainekonflikt. Polen, in der Vergangenheit oftmals gescholten für sein Verhalten in Flüchtlingsfragen, hat über drei Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen.

Aber der Ukraine-Konflikt lehrt uns auch, dass man sich seine Kollaborationspartner nicht immer aussuchen kann. Noch selten war eine Aggression so offensichtlich, eine Begründung so lächerlich, ein Aussenminister mit seinen Aussagen so peinlich. Die Rede ist hier natürlich von Sergei Lawrow. Trotzdem konnten sich 40 Länder nicht dazu durchringen, die Aggression in der UNO Generalversammlung zu verurteilen. Weissrussland, Nordkorea, Syrien... deren Ablehnung der UN-Resolution ist vielleicht wenig überraschend. Aber was ist mit China?

Am Symposium durften wir, auch dank der hartnäckigen Gesprächsleiterin, mehr zum Thema erfahren. Der chinesische Vertreter sprach durchwegs vom «sogenannten illegalen Krieg». Seine grösste Sorge galt der Gefahr eines neuen kalten Krieges, und nicht den Menschen in der Ukraine. Es ist nicht schwer durch die höflichen Formulierungen hindurchzusehen. China denkt in geopolitischen Dimensionen. In der chinesischen Einflussosphäre verbietet man sich jegliche Einmischung. Die Autonomie und Souveränität der kleineren Länder sind hier von nachgelagerter

Bedeutung. Das gleiche Recht – nach chinesischer Lesart – steht auch Russland zu. Die Ukraine hat aus dieser Perspektive nicht selbstständig zu entscheiden, was sie will. Eine Westorientierung der Ukraine ist nicht akzeptabel. Schuld am Konflikt sind die Länder, die diesen Eindruck erweckt haben. Die kleinen Länder haben stattdessen zu akzeptieren, was die grossen Länder aushandeln. Und da China Russland als Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten braucht, kann man von Seiten Chinas keine Kooperation erwarten.

Für all diejenigen, die sich für die leidvolle Geschichte der Ukrainer im 20. Jahrhundert interessieren, kann ich die Lektüre von Timothy Snyder's Buch «Bloodlands» empfehlen. Wer danach die Ukrainer immer noch den Russen ausliefern möchte, dem kann ich nicht mehr helfen.

Aber viele Probleme lassen sich eben nur mit Zusammenarbeit lösen. Gerade die globalen Herausforderungen. Der Klimawandel ist real. Das wissen wir schon lange. Man kann viel im Lokalen tun. Denken wir nur an unsere Heizungen. Wärme ist verantwortlich für 40 Prozent der globalen CO2 Emissionen, und 46 Prozent der Wärme in Gebäuden entstammt fossilen Brennstoffen, Gas und Öl. Hierzu können wir etwas tun, im Hier und Jetzt. Aber neben lokalen Antworten braucht es auch globale Lösungen. So wenig sich die chinesische Regierung für das Schicksal der Ukrainer interessiert, CO2 Emissionen können wir global nur in Zusammenarbeit mit China reduzieren. Vorteil durch Zusammenarbeit? Vielleicht eher keine Alternative zu Zusammenarbeit! Aber wie gesagt: Aussuchen kann man sich seine Partner nicht immer. Dieser Punkt geht gerne vergessen.

Mein persönliches Highlight am St. Gallen Symposium war die Max Schmidheiny Lecture mit Maria Ressa, der Friedensnobelpreisträgerin von 2021 und der CEO von Rappler, einer philippinischen Nachrichtenseite, sowie Christophe Deloire, dem Generalsekretär von Reporter ohne Grenzen. Frau Ressa hat davon gesprochen, wie in den Philippinen politische Rechte beschnitten und die freien Medien angegriffen werden. Mit immer wieder neuen juristischen Verfahren wird sie an ihrer Tätigkeit als Journalistin gehindert. Ein Damoklesschwert, das permanent über ihrem Kopf hängt, soll sie zum Schweigen bringen.

Nun, so einfach bringt man diese Frau nicht zum Schweigen. Das haben wir an dieser Veranstaltung gelernt. Aber trotzdem haben wir alle diese Veranstaltung schweren Mutes verlassen. Kurz darauf ist Ferdinand Marcos Jr. zum neuen Präsidenten der Philippinen gewählt worden – wie zu erwarten war. Der Senior ist der 1989 verstorbene ehemalige Diktator der Philippinen, während dessen Regentschaft viele Menschen aus politischen Gründen verhaftet, gefoltert und ermordet wurden. Man schätzt, dass zwischen 5 und 10 Milliarden Franken illegal in die Taschen des Marcos-Clans geflossen sind. Die Schuhsammlung der Diktatorenwitwe, Imelda Marcos, ist zum Sinnbild dieser Korruption geworden. Nichtsdestotrotz hat sich eine Mehrheit der Bevölkerung in den Philippinen die Marcos-Familie zurück an die Macht gewünscht.

Möglich gemacht wurde dies durch systematische Kampagnen zur Beschönigung der Vergangenheit (Märchengeschichten zur Vergangenheit kennen wir ja mittlerweile auch von Russland zu Genüge), politischen Allianzen zwischen einflussreichen und wohlhabenden Familien (im Gegenzug für die Unterstützung von Ferdinand Marcos Jr. besetzt die Duterte-Familie des abtretenden Präsidenten das Amt der Vizepräsidentin mit der Tochter Sara Duterte) und schliesslich der Knebelung der freien Medien. Stattdessen wurden politische Gegner mit Hilfe gross angelegter und gesteuerter Angriffe in den sozialen Medien diskreditiert. Soziale Medien, hier wohl

eher asoziale Medien, in den Händen der falschen Personen, können gefährliche Waffen werden, das hat uns Maria Ressa eindrücklich gezeigt.

Wir sind zum Glück meilenweit von philippinischen – oder russischen – Zuständen entfernt, und wir haben freundliche Nachbarn. Tu felix Helvetia. Aber auch wir haben manchmal unsere Schwierigkeiten mit den freien Medien. Auch bei uns in der Schweiz wird die Pressefreiheit schrittweise eingeschränkt. Und gerade während der Corona-Pandemie nahm die Kritik an den Medien Überhand. Auch wir Wissenschaftler müssen uns hier an der Nase nehmen. Der Meinungspluralismus wird nicht nur von Populisten abgelehnt, sondern manchmal auch von Wissenschaftlern in Frage gestellt. Wir sollten es besser wissen.

Im neuen Ranking der Organisation Reporter ohne Grenzen ist die Schweiz wieder vier Plätze abgerutscht, und neu «nur» noch auf dem 14. Platz. Die Lage der Pressefreiheit in der Schweiz ist zwar – in den Worten von Reporter ohne Grenzen – immer noch «zufriedenstellend». Aber «zufriedenstellend» ist nicht gut genug für die Schweiz. Früher war es auch bei uns noch eine «gute Lage», wie in Skandinavien. Gerade der Blick auf andere Länder – am St. Gallen Symposium eindrücklich gezeigt – sollte uns vor Augen führen, wie wichtig Pressefreiheit und eine vitale, und kritische Medienlandschaft sind. Man muss nicht jeden Bericht, jeden Journalisten mögen, aber die Medien sind von ausserordentlicher Wichtigkeit.

Auch das ist eine Form der Zusammenarbeit. Kritikfähigkeit, die Bereitschaft Kritik anzunehmen, Selbstkritik, aber auch sich den eigenen Spiegel vorhalten. Das bedeutet, dass Zusammenarbeit manchmal weh tun kann. Im Zusammenhang mit der Medienberichterstattung hat die HSG hier schon etwas Erfahrung gesammelt. Das hat manchmal weh getan. Vielleicht war das eine oder andere Mal die Kritik etwas überrissen. Aber das ändert nichts daran, dass diese kritische Grundhaltung wichtig ist. Und dass es richtig ist, dass man diese Kritik auch annimmt.

Echte Zusammenarbeit kann weh tun, auch weil man ehrlich sein muss, zumindest zu sich selbst. Da können wir hier in der Schweiz vielleicht noch etwas lernen. Könnte es vielleicht sein, dass wir nicht immer ganz ehrlich sind, wenn es beispielsweise darum geht, unser Verhältnis zur Europäischen Union zu analysieren? Darüber wer am längeren Hebel sitzt? Über wie viel Entgegenkommen wir wirklich hoffen können? Der für die Schweiz zuständige EU-Kommissar, Maros Sefcovic, kommt aus der Slowakei. Wie viel Verständnis für Schweizer Sonderwünsche können wir erwarten, wenn der zuständige Kommissar noch in einem autoritären Staat aufwachsen musste? Könnte es sein, dass hier einmal mehr kein reiner Wein eingeschenkt wird, weil man Angst vor der Reaktion hat? Wäre es nicht an der Zeit, dass der Bundesrat Führungsverantwortung übernimmt und ein paar Luftschlösser zerstört?

Und diese Luftschlösser gibt es ja nicht nur auf der Rechten. Auf der Linken bekämpft man Frontex, bekämpft den Europäischen Gerichtshof, sympathisiert mit Mélenchon, der laut darüber nachdenkt, ob Frankreich die EU verlassen soll, aber trotzdem verkündet der Parteichef Cedric Wermuth am Montag frohgemut, dass das Tabu eines Beitritts der Schweiz zur EU fallen muss. Von welcher EU redet er eigentlich? Wohl kaum von der real existierenden EU, die mag er ja offensichtlich nicht. Die Schweiz ist seit 25 Jahren nicht ehrlich zu sich. Die bilateralen Verträge waren nie als dauerhafte Massnahme geplant. Das ist bekannt! Aber darüber, wie man mit der EU zusammenarbeiten will, darüber sind wir uns nicht einig, nicht zuletzt, weil's auch ein bisschen weh

tun wird. Also Problem aussitzen. Kopf in den Sand. Vogel-Strauss-Technik. Das ist keine Zusammenarbeit.

Weh tun werden auch Lösungen bei anderen Reformblockaden. In der Schweiz sind beispielsweise Alleinerziehende, grosse Familien und Rentnerinnen und Rentner dem grössten Armutsrisiko ausgesetzt. Das können wir statistisch erfassen. Dem Risiko von Armut ausgesetzt gelten Personen mit einem verfügbaren Einkommen von weniger als 60% des nationalen Durchschnitts, Betonung auf Einkommen. Die Anteile belaufen sich auf 26.8% der Alleinerziehenden, 24.4% der Familien mit drei oder mehr Kindern, und 21.5% der Personen über 65 Jahren. Der Durchschnittswert für die gesamte Schweizer Bevölkerung beläuft sich auf 15.4%. Damit stehen wir etwas besser da als die EU, in der 17.1% der Bevölkerung dem Risiko von Armut ausgesetzt sind. Aber es gibt Unterschiede. Bei den über 65-Jährigen ist der Anteil in der Schweiz mit 21.5% sogar höher als in der EU, mit 17.3%. Haben wir da ein Problem?

Relative Indikatoren sind nicht ohne Schwächen, wird die Definition von Armut ja auch davon beeinflusst, wie «gut» es den anderen in der Gesellschaft geht. Schauen wir uns stattdessen materielle Entbehrung an, d.h. den Anteil Personen, die Grundbedürfnisse nicht oder nur ungenügend decken kann, steht die Schweiz besser da. Hier beläuft sich der Anteil in der Schweiz auf 4.3%, besser als in jedem anderen Land in Europa. Der EU-Durchschnitt beläuft sich auf 13.8%. Darauf dürfen wir zurecht stolz sein. Der Blick auf verschiedene Gesellschaftsgruppen ist auch hier erhellend. Der Anteil der über 65-Jährigen in der Schweiz, die unter materieller Entbehrung leidet, ist gerade einmal 2.1%. Das ist ein sehr guter Wert, weit besser als im EU-Durchschnitt, und auch weit unter dem Schweizer Durchschnitt von 4.3%.

Aber wie kann das sein? Warum geht es den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern einmal besonders gut und einmal besonders schlecht? Ehrlich zueinander sein... In der Schweiz beziehen viele Rentnerinnen und Rentner die Gelder der zweiten Säule ganz oder teilweise als Kapitalbezug. Das schlägt sich in einem geringeren Einkommen nieder und führt zur Beobachtung, dass – gemessen am Einkommen – viele Rentnerinnen und Rentner ein hohes Armutsrisiko aufweisen. Wenn man aber das Vermögen berücksichtigt, oder die materielle Entbehrung direkt zu erfassen versucht, dann kehrt sich dieser Effekt um. Keine Bevölkerungsschicht in der Schweiz verfügt über mehr Vermögen als die Rentnerinnen und Rentner. Bis zum Alter von 75 Jahren steigt im Durchschnitt in der Schweiz das Vermögen an, und bleibt dann noch lange Zeit über dem Median. Heisst, dass es keine Altersarmut gibt? Natürlich nicht! Aber Reformen der Altersvorsorge, die besonders die Jungen belasten, funktionieren nach dem Matthäus-Prinzip: «wer hat, dem wird gegeben.» Das kann nun wirklich nicht die Lösung sein.

Demgegenüber ist die Schweiz knausrig bei der Unterstützung von Alleinerziehenden und grossen Familien. Nur in Neuseeland und England war die familienergänzende Kinderbetreuung 2015 für Familien teurer als in der Schweiz. Ich sage bewusst «war», weil uns England mittlerweile überholt hat. In den neusten Daten von 2021 ist die Schweiz auf den vorletzten Platz gerutscht, weiterhin vor Neuseeland. Wenigstens das. Vielleicht bräuchte die Schweiz hier einen Modernisierungsschub? Kollaboration, zwischen den Generationen, ist eine Notwendigkeit, aber diese Zusammenarbeit wird etwas kosten. Zusammenarbeit ist in der Regel nicht gratis. Alle Seiten müssen etwas abgeben, aber zusammen erreicht man mehr.

Man kann sich seine Partner bei der Zusammenarbeit nicht immer aussuchen, Zusammenarbeit tut manchmal weh, sie ist selten gratis, fast immer muss man auch eigene Opfer bringen, und es braucht oftmals erst eine Krise, damit man zusammenrückt. Darum ist es wichtig, dass Fragen der Zusammenarbeit vorangetrieben werden, gerade zwischen den Generationen. Das Ziel kann nicht sein, dass die Generationen gegeneinander ausgespielt werden. Das Ziel muss sein, gemeinsam Lösungen für unsere Probleme und Herausforderungen zu finden.

Gerade darum hat das St. Gallen Symposium bereits im Vorfeld der diesjährigen Konferenz aktuelle und zukünftige Führungskräfte nach ihren Visionen für einen neuen Generationenvertrag und mehr Generationengerechtigkeit befragt. Gemeinsam mit dem Club of Rome wurde eine Initiative für einen neuen Generationenvertrag lanciert, in den diese Ergebnisse bereits eingeflossen sind. Darauf aufbauend wurden dann am Symposium in fünf Workshops – gemeinsam – konkrete Projektideen sowie Ziele für mehr Generationengerechtigkeit erarbeitet. Als studentische Initiative ist das St. Gallen Symposium hierfür eine ideale Plattform. Mit dem Club of Rome und der Universität St. Gallen, die ja bereits eine 50-jährige Geschichte miteinander verbindet, hat das Symposium hierfür zwei gute Partner gefunden.

Aus diesen Diskussionen sollen und müssen Ideen entstehen, wie das Symposium, die Universität St. Gallen, aber auch wir als Gesellschaft noch stärker für mehr Zusammenarbeit und mehr Generationengerechtigkeit einstehen können. Damit möchte das St. Gallen Symposium seine generationenübergreifende Plattform aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft nutzen, um einen konkreten Beitrag für Generationengerechtigkeit und ein gutes Zusammenleben auch in Zukunft zu leisten.

Grosse Worte, und Verlautbarungen können schnell verpuffen. Das soll hier nicht so sein. Diese Ideen, am Symposium weiterentwickelt, werden nun nachbearbeitet. Während der nächsten Monate werden das Symposium und der Club of Rome, gemeinsam mit Partnern, einen offenen Prozess begleiten, in dem zentrale Eckpunkte eines neuen Generationenvertrags erarbeitet und konkrete Projekte zu dessen Umsetzung lanciert werden sollen. Sie alle sind hierzu herzlich eingeladen.

Collaborative Advantage – Vorteil durch Zusammenarbeit – ist heute wichtiger denn je. Lassen sie uns gemeinsam die Zukunft entdecken und gestalten. Und denken sie daran, Zusammenarbeit ist immer der Schlüssel zum Erfolg.